PRESSEMITTEILUNG

FORUM MENSCHENRECHTE

Forum Menschenrechte im Gespräch mit Außenminister Wadephul: Menschenrechte werden durch Taten verteidigt

BITTE BEACHTEN SIE DIE SPERRFRIST AM 24.11.2026 UM 8:30 Uhr MEZ

Berlin, 24.11.2026 – Knapp 40 Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen des Forum Menschenrechte (FMR) haben sich gestern mit Außenminister Johann Wadephul im Auswärtigen Amt in Berlin getroffen. Sie begrüßen das Bekenntnis der Bundesregierung zum UN-Menschenrechtsrat und mahnen: Glaubwürdigkeit entscheidet sich dort, wo Menschenrechtspolitik etwas kostet. Die Bundesregierung müsse ihre Rolle als Vorreiter der Menschenrechte belastbar unter Beweis stellen.

Silke Pfeiffer, Sprecherin des Koordinationskreis des FMR, sagte: „In Zeiten, in denen die Menschenrechte international zunehmend Angriffen ausgesetzt sind, muss die Bundesregierung umso deutlicher zeigen, was ihr Bekenntnis zu Menschenrechten und Völkerrecht wert ist. Das UN-Menschenrechtssystem steht politisch und finanziell stark unter Druck. Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt werden dadurch im Stich gelassen. Deutschland muss seine freiwilligen Beiträge mindestens auf dem Niveau von 2025/2026 halten. Auch der Internationale Strafgerichtshof wird massiv angegriffen. Wer seine Funktionsfähigkeit schützen will, muss sich in Brüssel u.a. für das EU-Blocking-Statute einsetzen und entschlossen Versuchen entgegentreten, das Römische Statut zu schwächen.

Wir begrüßen, dass der Minister die Bedeutung von KI für die Menschenrechte anerkennt, und fordern ein Verbot von Waffensystemen ohne bedeutsame menschliche Kontrolle sowie Transparenz über den KI-Einsatz im Auswärtigen Amt.“

Philipp Frisch, Vertreter der AG Außen des FMR, sagte: „Der Sudan ist ein Testfall für die Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik. Das Engagement der Bundesregierung ist richtig, bleibt aber wirkungslos, solange sie zentrale Unterstützer des Krieges nicht offen benennt. Dazu zählen auch die Vereinigten Arabischen Emirate. Wir erwarten, dass die Bundesregierung deren Rolle öffentlich anspricht, gezielte EU-Sanktionen vorbereitet und noch vor einem Waffenstillstand einen Mechanismus zum Schutz der Zivilbevölkerung auf den Weg bringt.“

Wiebke Judith, Sprecherin des Koordinationskreis sowie der AG Flucht und Migration des FMR, sagte: „Das angekündigte Vorhaben eines ‚Return Hubs‘ in Ruanda stellt die Kohärenz deutscher Außenpolitik massiv infrage. Während einerseits aufgrund der Rolle Ruandas im Ostkongokonflikt Entwicklungshilfe weitgehend auf Eis gelegt wurde, soll nun andererseits Geld fließen, damit in Deutschland abgelehnte Asylsuchende in das Land verbracht werden können. Das ist menschenrechtlich höchst riskant und außenpolitisch kurzsichtig. Das FORUM MENSCHENRECHTE appelliert an die Bundesregierung, die Pläne für ein ‚Return Hub‘ in Ruanda nicht weiterzuverfolgen.“

> **Hintergrund:** Das Treffen mit Außenminister Wadephul ist der jährliche Austausch des Forum Menschenrechte mit der Leitung des Auswärtigen Amts. Das FMR hat dem Auswärtigen Amt seine Aide-Mémoires übergeben, die 79 länder- und themenspezifische Menschenrechtsanalysen und Forderungen seiner Mitgliedsorganisationen enthalten. Am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, werden sie auch digital veröffentlicht.

Das Forum Menschenrechte vertritt über 50 zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Menschenrechte in Deutschland und weltweit einsetzen. Mehr Informationen gibt es unter https://www.forum-menschenrechte.de/.

Pressekontakt: Marie-Sophie Keller
Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
030 – 42 02 17 71 | kontakt@forum-menschenrechte.de